

Christiane Erbel

Von: info@arwed-nrw.de
Betreff: WG: AW: Wahlprüfstein für Katrin Uhlig

Von: anousheh.asadi@gruene-bonn.de
Datum: 16.09.21 14:41 (GMT+01:00)
An: Horst-Dieter Müller, ARWED
Betreff: AW: Wahlprüfstein für Katrin Uhlig

Sehr geehrter Herr Müller,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 06. August und die Informationen zu Ihrer Kampagne „fragEltern“. Bitte entschuldigen Sie, dass ich aufgrund der Vielzahl von Anfragen erst jetzt antworten kann.

Gerne beantworte ich Ihre drei Wahlprüfsteine:

1. Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Versorgung dieser Zielgruppe und insbesondere der Doppeldiagnose sichergestellt wird? Psychisch schwer kranke und suchtkranke Kinder und Jugendlichen benötigen endlich einen Anspruch auf sogenannte „Komplexleistungen“. Hierunter wird ein intensiv-ambulantes Versorgungsangebot verstanden, das neben einer psychotherapeutischen und psychiatrischen Behandlung auch zusätzliche spezielle Hilfen und Unterstützungsangebote vorsieht. Psychotherapeut*innen müssen dafür die Befugnis erhalten, psychologische, heilpädagogische und psychosoziale Leistungen im Rahmen des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V, gesetzliche Krankenversicherung) verordnen zu können. Damit würde ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche ein auf ihre Bedarfe zugeschnittenes Versorgungsangebot erhalten, durch das auch stationäre Aufenthalte vermieden werden können. Wir wollen die Gesundheitsversorgung in Gesundheitsregionen organisieren und Sektorengrenzen überwinden. Kinder aus suchtblasteten Familien tragen ein besonderes Risiko später selbst eine Suchterkrankung zu entwickeln. Wir halten es für unerlässlich, dass die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Psychotherapie und der Jugendhilfe auf alle Kinder und Jugendlichen erweitert wird, die sowohl Leistungen aus dem SGB V als auch aus dem Achten Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe) erhalten. Dies würde eine möglichst enge Abstimmung beispielsweise zwischen Familienberatung, Suchtberatung und Krankenbehandlung ermöglichen, durch die die seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen nachhaltig gestärkt werden kann. Unsere grüne Drogen- und Suchtpolitik stärkt Prävention und Frühintervention. Denn noch immer gehen zwei Drittel aller drogenbezogenen Ausgaben des Staates in die Repression – Mittel, die besser zum Nutzen der Menschen eingesetzt würden. Eine gute und bedarfsgerechte Versorgung der betroffenen Patientinnen und Patienten wird allerdings oft erschwert. Wir wollen einen realistischen Ansatz, der die Betroffenen, so wie sie sind, akzeptiert. Drogenabhängigkeit ist eine schwere chronische Erkrankung. An dieser Erkenntnis müssen sich das Betäubungsmittelrecht und die Behandlungsangebote orientieren. Die Betroffenen sollen selbstbestimmt leben können, gut versorgt und nicht

wegen ihrer Erkrankung oder den Auswirkungen einer falschen Drogenpolitik weiter geschädigt werden. Nötig sind gut vernetzte Versorgungsangebote, die auf die besondere gesundheitliche und psychosoziale Lage der Betroffenen eingehen. Die repressive Drogenpolitik der vergangenen Jahre hat ihre Ziele nicht erreicht. Stattdessen behindert sie Prävention, Schadensminderung, Jugend- und Verbraucherschutz. Deswegen wollen wir langfristig eine gesetzliche und an dem jeweiligen Gesundheitsrisiko der Substanzen orientierte Regulierung, die zu besserem Jugendschutz beiträgt, so wie wir das in unserem Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes dargestellt haben. Wir setzen zudem einen starken Akzent auf die Verbesserung der Versorgung psychisch Erkrankter: Es ist nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz oder in der Schule, muss vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel für Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir wollen ambulante Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen schaffen.

2. Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Suchthilfe alle Betroffenen und Beteiligten im Bezugssystem der jungen Menschen in den Blick nimmt und auch die finanziellen Voraussetzungen hat, diese Form der Hilfe anzubieten?

Die ambulante Suchthilfe und Suchtberatung werden in erster Linie von den Kommunen finanziert. Zentral ist eine gute Vernetzung zur Gesundheitsversorgung bzw. zur Psychotherapie, wie oben beschrieben. Wir wollen Kommunen Modellprojekte ermöglichen und sie unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen.

Jugendliche mit Suchtproblematik geraten leider viel zu häufig in die Wohnungslosigkeit. Wir Grüne setzen uns für das Housing-First-Prinzip ein, das in einer nationalen Strategie flächendeckend ausgebaut werden muss. Dies zielt darauf ab, den Adressatinnen und Adressaten möglichst frühzeitig eigenen Wohnraum zu vermitteln und erst im Anschluss daran sozialpädagogische und therapeutische Maßnahmen zu ergreifen. Das langwierige und oft durch Rückfälle geprägte Konzept des an Voraussetzungen geknüpften Stufenmodells zum eigenen Wohnraum soll auf diese Weise ergänzt werden. Bisher wird Wohnraum häufig an Bedingungen wie Schulbesuch oder Abstinenz gegenüber Suchtmitteln geknüpft und Traumatisierung und bisher erlernte Bindungsmuster nicht ausreichend berücksichtigt. Wir Grüne werden auf die Länder hinwirken, die Mittel für zielgruppengerechte mobile Jugendarbeit (Streetwork) aufzustocken. Zudem werden wir das Jugendhilfesystem an die Bedürfnisse der Adressatinnen und Adressaten anpassen, um Versorgungslücken, die durch unklare Zuständigkeiten und einem daraus resultierendem Zuständigkeitswirrwarr der verschiedenen Sozialhilfeträger entstehen zu bekämpfen.

3. Bisher gelingt es uns in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – aber auch im weltweiten Vergleich - nicht, unsere jungen Menschen möglichst ohne die Gefahr einer Suchterkrankung in ihr

erwachsenes Leben zu führen. Was wird Ihre Partei unternehmen, damit wir hinsichtlich des Präventionserfolgs in der Altersgruppe im Ländervergleich im oberen Drittel rangieren, statt wie bisher im mittleren bis unteren Drittel?

Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits- und Jugendschutz sowie die Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt. Grüne Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem Schwarzmarkt existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung.

Suchtprävention muss sich an den jeweiligen Zielgruppen orientieren und bspw. für Jugendliche in den digitalen Medien besser erreichbar sein.

Auch die Prävention und der Jugendschutz in Bezug auf legale Substanzen wie Alkohol, Medikamente und Tabak sowie substanzungebundene Süchte muss gestärkt werden. Für Drogen soll generell nicht geworben werden.

Neben psychotherapeutischen Maßnahmen braucht es insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten ein niedrigschwelliges Betreuungs- und Kontaktangebot, das ihnen persönliche Nähe und Unterstützung ermöglicht. Durch diese Maßnahmen können das Risiko für Stress, Überforderung und Konflikte reduziert. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss jetzt zudem so gestärkt werden, dass dort passgenaue Präventionskonzepte erarbeitet und Fachkräfte aus Schul- und Jugendsozialarbeit geschult werden können.

Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe legte im Dezember 2019 dem Deutschen Bundestag ihren Abschlussbericht samt den einvernehmlich beschlossenen Empfehlungen zur Verbesserung der Situation von Kindern psychisch und suchtkranker Eltern vor. Die Umsetzung dieser Empfehlungen würden auch Kindern und Jugendlichen mit Suchterkrankungen zugutekommen, da sie u. a. familienbezogene Aufklärungs-, Präventions- und Hilfsangebote enthalten. Kampagnen müssen einen Beitrag zur Entstigmatisierung leisten, Prävention muss Kinder und Jugendliche direkt erreichen und Hilfsangebote den Familienkontext berücksichtigen. Auch die Nationale Präventionskonferenz sollte die Belange von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Uhlig

--

i.A. Ass. jur. Anousheh Asadi M.
Persönliche Referentin
Katrin Uhlig
Direktkandidatin für die Bundestagswahl

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Bonn
Dorotheenstraße 79
53111 Bonn

Tel.: 0176 - 329 388 38
Anousheh.Asadi@gruene-bonn.de
www.gruene-bonn.de